

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <http://www.amnesty.de> . <http://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



12. Juni 2017

MENSCHENRECHTE IN AMERIKA: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN IN EINER ZEIT DER REGRESSION

AI-Index: AMR 01/6479/2017



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Amnesty International begrüßt die 47. Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als regionale Institution, die den Dialog zwischen den verschiedenen Ländern der amerikanischen Hemisphäre fördert.

Amnesty International hält es für unerlässlich, die Menschenrechte zu einer übergreifenden Priorität der öffentlichen Politik in Nord- und Südamerika zu machen, wenn wir das zentrale Thema dieser 47. Generalversammlung ansprechen: "Stärkung des Dialogs und der Kooperation für Wohlstand". Amnesty International ist jedoch der Auffassung, dass die gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede, die Lücken in der Partizipation, beim Zugang zur Justiz und bei der Ausübung der Menschenrechte, die in der Region von Norden nach Süden noch immer weit verbreitet sind, zweifellos zu den Hauptursachen für das Leiden und den Missbrauch von Millionen von Einwohnern des Kontinents gehören. Amerika ist nach wie vor die Region der Welt, die am meisten von Ungleichheit und Gewalt betroffen ist.

In der gesamten Region sind wir mit erheblichen Rückschlägen bei den Grundrechten der übergroßen Mehrheit konfrontiert. Diese Krise wurde durch zunehmende Hindernisse und Beschränkungen beim Zugang zu Justiz und Grundfreiheiten ausgelöst. Der Anstieg der Repression ist immer sichtbarer und gewalttätiger geworden; die Staaten greifen heute häufig auf irreguläre Rechtssysteme und Sicherheitsapparate zurück, um auf Dissidenz und wachsende Unzufriedenheit ihrer Bürger zu reagieren.

Diskriminierung, Unsicherheit, Armut und Umweltschäden sind nach wie vor das Vermächtnis unserer Region. Innerhalb dieser klaffenden Ungleichheit besteht auch ein klares Versäumnis, die internationalen Menschenrechtsnormen einzuhalten, unterstützt durch Korruption und mangelnde Rechenschaftspflicht.

Während dieser Generalversammlung fordern wir die Staaten auf, in der Schlusserklärung "Stärkung des Dialogs und der Kooperation für den Wohlstand" feste Verpflichtungen zur Gewährleistung des Schutzes der Menschenrechte für alle ohne Unterschied aufzunehmen. Diese Zusagen müssen unverzüglich in Maßnahmen und politische Strategien umgesetzt werden.

Amnesty International möchte die Gelegenheit dieses regionalen Treffens nutzen, um allen Staatschefs, die an der 47. Generalversammlung der OAS teilnehmen, eine Reihe regionaler Menschenrechtsaspekte zu erläutern:

▪ **FEHLENDER ZUGANG ZUR JUSTIZ UND FEHLERHAFTE SICHERHEITSPOLITIK**

Historische und weit verbreitete Hindernisse für den Zugang zur Justiz sowie eine Schwächung der Rechtsstaatlichkeit sind vielen Ländern der Region gemeinsam. Damit bleiben Menschenrechtsverletzungen häufig ungestraft und in einigen Fällen führt das Fehlen unabhängiger und unparteiischer Rechtssysteme nur dazu, dass die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Wenigen weiter geschützt werden. Das Fehlen von konkreten Maßnahmen, die darauf abzielen, die Täter von Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu bringen, führt auch zu einer Konsolidierung von missbräuchlichen Praktiken in den für die Strafverfolgung zuständigen Stellen.

Nichtstaatliche Akteure - Unternehmen und kriminelle Gruppen eingeschlossen - üben einen

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



immer größeren Einfluss aus und sind in vielen Fällen für zunehmende Gewalt und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Die meisten Staaten ihrerseits waren nicht in der Lage, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen auf die Situation zu reagieren, und viele der begangenen Menschenrechtsverletzungen sind daher das Ergebnis eines Trends zur Militarisierung der öffentlichen Sicherheit in der Region.

In Mexiko zum Beispiel zögern die Behörden so sehr, Kritik zu akzeptieren, dass sie die Menschenrechtskrise ihres Landes leugnen und damit jedem die Möglichkeit des Zugangs zu einem angemessenen Verfahren verweigern. Obwohl Berichten zufolge fast 30.000 Menschen verschwunden sind, Tausende von Menschen durch Sicherheitseinsätze im Rahmen des Kampfes gegen Drogen und organisierte Kriminalität ihr Leben verloren haben und Tausende von Menschen durch die Gewalt innerhalb des Landes gewaltsam vertrieben wurden, scheinen die Behörden die Kritik der mexikanischen Zivilgesellschaft und internationaler Organisationen, einschließlich der UNO und der interamerikanischen Menschenrechtssysteme, zu ignorieren.

Im Juli 2016 verurteilte ein paraguayisches Gericht eine Gruppe von Bauern zu 30 Jahren Gefängnis wegen der Ermordung von sechs Polizisten und anderen damit zusammenhängenden Verbrechen im Zusammenhang mit einem Landkonflikt in Curuguaty im Jahr 2012. Dieses Urteil wurde kürzlich vom Berufungsgericht am 20. Mai 2017 bestätigt. Zu Ermittlungen über den Tod von elf Bauern, die bei dem gleichen Vorfall ums Leben gekommen sind, liegen jedoch keine Informationen vor. Der Generalbundesanwalt hat keine glaubhafte Erklärung dafür geliefert, warum diese Todesfälle nicht untersucht wurden, noch Berichte über die Manipulation des Tatorts und der Folterung von Bauern in Polizeigewahrsam erklärt.

Zwei Jahre nach der Vorlage eines Berichts des US-Senats wurde niemand in den USA wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht gestellt, die im Rahmen des geheimen Inhaftierungs- und Verhörprogramms der CIA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begangen wurden.

Als Reaktion auf die Unruhen - insbesondere friedliche Proteste - greifen einige Staaten zunehmend auf die Armee für Aufgaben der öffentlichen Sicherheit zurück. Die Polizei und andere für die Strafverfolgung zuständige Institutionen wenden daher militärische Techniken, Fähigkeiten und Ausrüstungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit an. Auch wenn der Krieg gegen die organisierte Kriminalität oft als Rechtfertigung für diese Militarisierung angeführt wird, ist deutlich, dass dies den Staaten ermöglichte, die Menschenrechte zu verletzen, anstatt die eigentlichen Ursachen der Gewalt anzugehen.

In Ländern wie Chile, Ecuador, El Salvador, Jamaika, Mexiko, Peru, der Dominikanischen Republik, Venezuela und Ecuador ist die übermäßige und unnötige Gewaltanwendung eine Konstante.

In Venezuela zum Beispiel hat die Regierung im Zusammenhang mit den Massenprotesten der letzten zwei Monate und darüber hinaus mit militärischen Aktionen reagiert, bei denen Folterungen und andere Misshandlungen von Demonstranten sowie willkürliche Festnahmen häufig vorkommen. Der Einsatz von Militärgerichten für zivile Strafverfolgungen unterstreicht auch die tiefe Krise, mit der die Menschenrechte im Land konfrontiert sind.

In Polizeieinsätzen in Jamaika sind ungesetzliche Tötungen häufig und das seit fast zwei



Jahrzehnten. Darüber hinaus leiden die Familien der Opfer von rechtswidrigen Tötungen, insbesondere die Ehefrauen, weiterhin unter ständiger Schikanie und Einschüchterung durch die Polizei. Außerdem haben sie ernste Schwierigkeiten, Zugang zu Justiz und Wiedergutmachung zu erlangen. Es gibt auch Anzeichen für zahlreiche rechtswidrige Tötungen durch die Sicherheitskräfte in der Dominikanischen Republik.

Amnesty International fordert die Staaten der Region auf, sowohl die Unabhängigkeit der Regierungsbehörden als auch die Wirksamkeit der Justizsysteme zu gewährleisten, einschließlich des Zugangs zu diesen ohne Diskriminierung. Die Organisation fordert die Staaten der Region auf, das Recht der Menschen auf friedliche Demonstrationen zu respektieren, und fordert sie nachdrücklich auf, klare und wirksame Mechanismen zu schaffen, um den übermäßigen Einsatz von Gewalt durch die Sicherheitskräfte zu verhindern.

▪ **MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER**

Die Verteidigung der Menschenrechte ist in vielen Ländern Amerikas eine äußerst gefährliche Arbeit. Journalisten, Justizbedienstete sowie die politische Opposition und Zeugen von Menschenrechtsverletzungen werden weiterhin bedroht und angegriffen, sie erleiden Folter, Misshandlung, Verschwindenlassen und in den schlimmsten Fällen verlieren sie ihr Leben durch staatliche und nichtstaatliche Agenten, die sie zum Schweigen bringen wollen. Menschenrechtsaktivisten leiden außerdem weiterhin unter Verleumdung und Verleumdungskampagnen. Auch wenn es bei der Untersuchung einer Reihe dieser Angriffe zweifellos Fortschritte gegeben hat, reicht dies nicht aus, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen oder der Gesellschaft zu signalisieren, dass Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger nicht geduldet wird.

Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten, die sich gegen große Entwicklungsprojekte und multinationale Konzerne wehren, laufen besonders Gefahr, Repressalien zu erleiden. Frauen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, und diejenigen, die zu den historisch ausgegrenzten Gemeinschaften gehören, leiden außerdem häufiger unter Gewalttaten, weil sie aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen oder sexuellen Herkunft diskriminiert werden. Dies wirkt sich nicht nur auf ihre Arbeit als Verteidiger, sondern auch auf ihre Arbeit als Mitglieder traditionell ausgegrenzter Gruppen unterschiedlich stark aus.

In Mexiko wurden 2017 bislang sechs Journalisten und fünf Menschenrechtsaktivisten wegen ihrer Arbeit ermordet. Diese Menschen stehen an vorderster Front der Menschenrechtskrise des Landes und erhielten keinen wirksamen Schutz durch die Behörden. Im Jahr 2010 eröffnete Mexiko eine neue Sonderstaatsanwaltschaft für Verbrechen gegen die Meinungsfreiheit, aber diese hat sich bisher als völlig wirkungslos erwiesen, ähnlich wie der Mechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten, eine weitere Initiative, der es entweder an Mitteln oder am politischen Willen mangelt, um das Thema wirklich anzugehen.

In Brasilien sind Menschenrechtsverteidiger nach wie vor zahlreichen Anschlägen, Drohungen und Morden ausgesetzt. In Nicaragua ignoriert der Staat Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Menschenrechtsaktivisten leiden unter Verfolgung. Die ernste Lage der politischen Gefangenen in Venezuela wird durch die ständige Entschlossenheit der Regierung, Dissidenten zu unterdrücken, noch verschärft. Honduras und Guatemala sind die gefährlichsten Länder der Welt, in denen Land, Territorium und Umwelt verteidigt werden müssen; diejenigen, die sich für den Schutz von Land und Umwelt



einsetzen, leiden weiterhin unter einer Welle von Bedrohungen. Die Justiz wird benutzt, um sie durch falsche Anklagen zu kriminalisieren, außerdem leiden sie unter Verleumdungskampagnen, Angriffen und Mord. Die Ermordung der bekannten honduranischen Sprecherin der Indigenen Berta Cáceres im März 2016, die von bewaffneten Männern in ihrem Haus erschossen wurde, verdeutlicht die weit verbreitete Gewalt, unter der diejenigen leiden, die sich für den Schutz von Land, Territorium und Umwelt des Landes einsetzen.

In Kolumbien leidet eine alarmierende Zahl von Menschenrechtsverteidigern - vor allem führende Kommunalpolitiker und Umweltschützer - unter Bedrohungen und Morden. In Argentinien wurde der Sozialpolitiker Milagro Sala verhaftet und wegen friedlichen Protestes in Jujuy formal angeklagt. Trotz der Anordnung ihrer Freilassung wurden weitere Gerichtsverfahren angestrengt, um sicherzustellen, dass sie in Haft blieb. Im Oktober 2016 kam die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung zu dem Schluss, dass Milagro Salas Inhaftierung willkürlich war, und forderte ihre sofortige Freilassung.

In Chile haben sowohl Anwälte als auch die traditionellen Repräsentanten des Volkes der Mapuche Einschüchterung und Angriffe erlitten, aufgrund ihrer Arbeit zu Landrechten und für das Recht auf ein faires Verfahren in den gegen die Mapuche eingeleiteten Fällen. In Peru wurde die Umweltverteidigerin Máxima Acuña, die 2016 den prestigeträchtigen Goldman-Preis gewann, in einem unbegründeten Prozess gegen sie und ihre Familie wegen Usurpation strafrechtlich verfolgt. In Ecuador schränken restriktive Rechtsvorschriften und Maßnahmen, um Kritik zum Schweigen zu bringen, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit ernsthaft ein. Eine abweichende Meinung wird kriminalisiert, insbesondere dann, wenn sie sich gegen Bergbau auf dem Land der indigenen Völker aussprechen.

In Kuba leiden die Zivilgesellschaft und Oppositionsgruppen trotz der Erklärungen zu politischer Offenheit und der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten im Jahr 2015 weiterhin unter Schikanen wegen Kritik an der Regierung. Menschenrechtsverteidiger und politische Aktivisten wurden öffentlich als "Subversive" und "anti-kubanische Söldner" bezeichnet. Einige dieser Personen werden willkürlich festgenommen, um dann ohne Anklageerhebung freigelassen zu werden, was mehrmals im Monat geschehen kann.

Staaten und multilaterale Organisationen müssen dringend konkrete Maßnahmen ergreifen, um Missbräuche gegen diese Menschen zu verhindern, zu beseitigen und zu ahnden und ein sicheres und günstiges Umfeld für die Verteidigung der Menschenrechte zu gewährleisten. Amnesty International ist ernsthaft besorgt über die Verleumdungskampagnen, unter denen Menschenrechtsverteidiger bei ihrer Arbeit zu leiden haben. Die Organisation lehnt auch alle Formen der Einschüchterung oder Kriminalisierung der Arbeit von Menschen ab, die sich für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte in Amerika einsetzen. Der Schutz, die die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte stärken die Rechtsstaatlichkeit und damit den Zugang zur Justiz.

▪ FLÜCHTLINGE, MIGRANTEN UND STAATENLOSE PERSONEN

Zentralamerika ist der Ursprung einer rasch wachsenden Flüchtlingskrise. Angesichts der unerbittlichen Gewalt in diesem oft vergessenen Teil der Welt steigt die Zahl von Asylanträgen zentralamerikanischer Bürger in Mexiko, den Vereinigten Staaten oder anderen Ländern weiter an, so dass sie jetzt ein Niveau erreichen, das seit dem Ende der bewaffneten Konflikte in



dieser Region unerreich ist.

Hunderttausende von Menschen reisen nach Mexiko, um dort Asyl zu suchen oder ihre Reise in die Vereinigten Staaten fortzusetzen. Viele von ihnen werden unter harten Bedingungen festgehalten oder stehen Morden, Entführungen oder Erpressungen von kriminellen Gruppen gegenüber, die oft in Absprache mit den Behörden agieren. Diese Menschenrechtsverletzungen betreffen eine große Zahl von Jungen, Mädchen, unbegleiteten Jugendlichen und insbesondere LGBTI Personen, sei es während der Reise oder nach ihrer Inhaftierung. Auch Frauen und Mädchen sind ernsthaft von sexueller Gewalt und Menschenhandel bedroht.

Rückführungen aus Mexiko und den Vereinigten Staaten sind nach wie vor eine schmerzliche Realität, trotz der überwältigenden Anzeichen dafür, dass viele Asylbewerber unter extremer Gewalt leiden könnten, wenn sie zurückgeschickt werden. Viele werden in die Situationen der tödlichen Gefahr zurückgebracht, aus denen sie zu fliehen versuchten; viele sterben durch kriminelle Banden, die in den Ländern des Nördlichen Dreiecks operieren. Honduras, Guatemala und El Salvador nähren diese immer ernster werdende Krise, indem sie ihre Bürger nicht vor Gewalt schützen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass umfassende Schutzprogramme für die Rückkehrer aus Mexiko und den Vereinigten Staaten eingeführt wurden. Anstatt Verantwortung für ihre Rolle in dieser Krise zu übernehmen, zitieren die zentralamerikanischen Staaten einfach die Menschenrechtsverletzungen, die Menschen auf ihrem Weg in die Vereinigten Staaten erleiden, wenn sie Mexiko durchqueren. Diese Staaten behaupten auch ohne jede Rechtfertigung, dass die Mehrheit dieser Menschen aus wirtschaftlichen Gründen flieht und nicht aufgrund der Zunahme von Gewalt, Mord, Drohungen, Erpressung und Einschüchterung, unter denen tagtäglich weite Teile der Bevölkerung aufgrund von Zusammenstößen zwischen Banden über die territoriale Kontrolle leiden.

In anderen Ländern der Region leiden Migranten und ihre Familien unter weit verbreiteter Diskriminierung, Ausgrenzung und Misshandlung. Auf den Bahamas werden andauernd Migranten ohne behördliche Aufenthaltserlaubnis kubanischer oder haitianischer Herkunft misshandelt. Die Dominikanische Republik hat Tausende von Menschen haitianischer Abstammung abgeschoben – einschließlich der im Land geborenen Menschen, die tatsächlich zu Staatenlosen erklärt wurden -, oft ohne Rücksicht auf das Völkerrecht und internationale Standards bei der Ausweisung. Nach ihrer Ankunft in Haiti kommen viele dieser Menschen nur in improvisierten Lagern unter, wo sie unter entsetzlichen Bedingungen leben.

Amnesty International appelliert an die Länder des Nördlichen Dreiecks, ihre Verantwortung in der Schutzkrise der Region anzuerkennen, und fordert die Ausgestaltung und Umsetzung politischer Strategien und rechtlicher Rahmenbedingungen, die den Schutz von Abgeschobenen, insbesondere gefährdeten Gruppen wie Jungen, Mädchen, Jugendlichen, indigenen Völkern, Frauen und LGBTI Personen gewährleisten. Die Organisation fordert die Staaten ferner auf, internationale Standards im Zusammenhang mit menschlichen Wanderungsbewegungen, einschließlich der willkürlichen Verhinderung der Nationalität, umzusetzen. Sie fordert die Staaten nachdrücklich auf, dafür Sorge zu tragen, dass alle Aufnahme-, Wiedereingliederungs- und Schutzprogramme für abgeschobene Migranten die spezifischen Rechte und das besondere Schutzbedürfnis von Gruppen wie Frauen, indigenen Völkern, LGBTI Personen und unbegleiteten Minderjährigen berücksichtigen. Amnesty International fordert die Staaten dringend auf, den Herkunftsländern wirtschaftliche Hilfe zu

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



leisten, um Schutzmechanismen für gefährdete Menschen vor und nach der Migration zu konzipieren und umzusetzen.

Darüber hinaus fordert die Organisation die Aufhebung menschenrechtswidriger Vorschriften für Migranten und ihre Nachkommen, unabhängig von ihrem Rechtsstatus, und die Ergreifung gesetzgeberischer, administrativer und gerichtlicher Maßnahmen zur Vermeidung von Massenabschiebungen ohne ausreichende Garantien für die Rechte dieser Migranten. Darüber hinaus ruft Amnesty International die Staaten im Rahmen der Generalversammlung der OAS auf, den Zustand der Staatenlosigkeit auf dem Kontinent zu beseitigen.

▪ FRAUEN- UND KINDERRECHTE

Bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen auf dem Kontinent hat es kaum echte Fortschritte gegeben. Die Mehrzahl der Täter sexueller Gewalt und von Frauenmord wird niemals vor Gericht gestellt. In Ländern wie Brasilien, Kanada, El Salvador, den Vereinigten Staaten, Jamaika, Mexiko, Nicaragua, der Dominikanischen Republik, Venezuela und anderen werden nach wie vor zahlreiche Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt gemeldet.

Diese zahlreichen Verletzungen sexueller und reproduktiver Rechte haben erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen und Mädchen. In Amerika gibt es nach wie vor die größte Zahl der Länder, in denen Abtreibung gänzlich verboten ist. In einigen dieser Länder werden Frauen inhaftiert, nur weil sie verdächtigt werden, eine Abtreibung begangen zu haben, und manchmal nach einer Fehlgeburt oder einer anderen Form von Schwangerschaftskomplikation.

In Nicaragua sind arme Frauen die Hauptopfer der Müttersterblichkeit und die Rate der Schwangerschaften im Teenageralter gehört zu den höchsten in der Region. Darüber hinaus unterliegen die nikaraguanischen Frauen einem der weltweit restriktivsten Abtreibungsgesetze, weil Schwangerschaftsabbrüche unabhängig von den Umständen verboten sind, selbst wenn das Leben der Frau in Gefahr ist. In der Dominikanischen Republik wurde eine Reform des Strafgesetzbuches, die in bestimmten Fällen eine Entkriminalisierung der Abtreibung zum Ziel hatte, erneut aufgeschoben. In Chile wird weiterhin über Gesetzesreformen diskutiert, die darauf abzielen, die Abtreibung zu entkriminalisieren.

Dennoch gibt es in der Region Zeichen der Hoffnung. In El Salvador ist das Gerichtsurteil, mit dem die Freilassung von María Teresa Rivera - die nach einer Fehlgeburt vier von 40 Jahren Haft verbüßt hatte - angeordnet wurde, ein bedeutender Schritt in Richtung Gerechtigkeit im Land. Eine Frau in Argentinien, die nach einer Fehlgeburt zu 8 Jahren Haft verurteilt worden war, wurde nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs freigelassen, dem zufolge es keine ausreichenden Gründe gab, um ihre Haft fortzusetzen. Dies ist ein weiterer Sieg für die Menschenrechte.

Amnesty International appelliert an die Staaten, die erforderlichen Mittel zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt auf dem Kontinent bereitzustellen und Maßnahmen zur Förderung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen in die Praxis umzusetzen. Amnesty International fordert auch die Länder auf, in denen Abtreibung unabhängig von den Umständen unter Strafe gestellt wird, diese Gesetze aufzuheben und die Hindernisse zu beseitigen, die den Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungen verhindern, zumindest in den Fällen, in denen die Schwangerschaft das Leben oder die körperliche oder geistige Gesundheit der Frau oder des Mädchens gefährdet, wenn der Fötus nicht in der Lage



sein wird, nach der Geburt zu überleben, oder wenn die Schwangerschaft das Ergebnis von Vergewaltigung oder Inzest ist.

▪ RECHTE DER INDIGENEN VÖLKER

Im Juni 2016 verabschiedete die OAS nach 17 Jahren Verhandlung die amerikanische Erklärung über die Rechte indigener Völker. Dennoch leiden die indigenen Völker weiterhin unter Gewalt, Mord und exzessivem Gebrauch von Gewalt durch die Polizei auf dem gesamten Kontinent, zusätzlich zum Missbrauch ihres Rechts auf Land, Territorien, natürliche Ressourcen und Kultur. In Ländern wie Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Mexiko, Brasilien, Peru, Paraguay und Kolumbien ist die tägliche Realität dieser Völker Ausgrenzung, Armut, Ungleichheit und systematische Diskriminierung.

Indigene Völker werden weiterhin gewaltsam von staatlichen und nichtstaatlichen Behörden - einschließlich Landbesitzer und Unternehmen - von ihrem Land vertrieben, um wirtschaftlichen Nutzen für sich selbst zu erlangen. Entwicklungsprojekte - auch von Bergbau-Unternehmen - bedrohen die Kultur der indigenen Völker und führen zur Vertreibung ganzer Gemeinschaften. Darüber hinaus wird das Recht auf Konsultation und die freie, vorherige und informierte Einwilligung weiterhin systematisch verweigert. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Staaten der Region den indigenen und auf dem Land arbeitenden Frauen auf dem gesamten Kontinent im Zusammenhang mit den Auswirkungen von Projekten zur Förderung der Bodenschätze und ihrer Beteiligung an Entscheidungsprozessen über Entwicklungsprojekte, die ihr Land und ihre Territorien betreffen, gebührende Aufmerksamkeit schenken.

Im Mai 2016 erklärten Sprecher der indigenen und afrikastämmigen Gemeinden des Territoriums von Rama und Kriol, dass das Abkommen für den Nicaragua-Großkanal ohne effektive Konsultation unterzeichnet worden sei. Die Gewalt nimmt in der Nordatlantischen Autonomen Region Nicaragua zu, wo die indigenen Miskito-Völker Bedrohungen, Angriffe, sexuelle Gewalt, Morde und Zwangsumsiedlungen durch nicht indigene Siedler erleiden.

Amnesty International fordert eine Garantie für eine vorherige und fundierte Konsultation als ein indigenes Recht im Einklang mit den Bestimmungen des IAO-Übereinkommens 169 (ILO Convention 169 concerning Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries) und der amerikanischen Erklärung über indigene Völker. Im Zusammenhang mit Megaprojekten und der des Mineralienabbaus fordert Amnesty International die Staaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die Konsultation Vertrauen zwischen den Parteien schafft, die repräsentativen Institutionen der indigenen Völker respektiert und systematisch und transparent durchgeführt werden, um gegenseitiges Verständnis und einvernehmliche Entscheidungen zu ermöglichen.

▪ GEFAHREN FÜR DAS INTERAMERIKANISCHE MENSCHENRECHTSSYSTEM

Trotz des Ausmaßes der Herausforderungen, vor denen die Menschenrechte in der Region stehen, war die Interamerikanische Menschenrechtskommission - die für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte von grundlegender Bedeutung ist und den Opfern, die dies im eigenen Land nicht erreichen können, den Zugang zur Justiz garantiert - während des größten Teils des Jahres 2016 von einer Finanzkrise betroffen. Diese Krise ist darauf zurückzuführen, dass OAS-Mitgliedstaaten unzureichende Mittel zur Verfügung gestellt haben, was ein deutliches Zeichen für ihren mangelnden politischen Willen ist, die Menschenrechte innerhalb und außerhalb ihrer eigenen Länder zu fördern und zu schützen.



Das Interamerikanische Menschenrechtssystem, bestehend aus der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, ist mit einem jährlichen Budget von ca. 8 Mio. USD das am schlechtesten finanzierte System der Welt: Es verfügt über weniger Mittel als die entsprechenden Systeme in Afrika (13 Mio. USD) und Europa (104,5 Mio. USD). Obwohl die Interamerikanische Kommission endlich zusätzliche Mittel erhalten hat, besteht die beunruhigende Möglichkeit, dass diese politische Krise fortbestehen könnte, wenn die Staaten die Institution nicht ausreichend finanzieren und mit ihr kooperieren, unabhängig davon, wie kritisch sie in Bezug auf die Menschenrechtssituation auf dem Kontinent ist.

Das interamerikanische System ist nach wie vor ein wesentlicher Motor für die Durchsetzung, den Schutz und die Förderung der Menschenrechte auf dem Kontinent; für viele Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen ist es ihre letzte Hoffnung auf die Rückgabe ihrer Rechte. Das interamerikanische System hat nicht nur in Zeiten der Diktatur und der internen bewaffneten Konflikte, sondern auch in Zeiten der Demokratie auf unserem Kontinent eine führende Rolle gespielt und garantiert, dass wenn Staaten nicht in der Lage sind oder nicht gegen Menschenrechtsverletzungen ermitteln wollen, die Opfer über ein internationales Rechtssystem verfügen, das nicht nur in der Lage ist, über Menschenrechtsverletzungen zu entscheiden, sondern auch eine umfassende Wiedergutmachung durchzusetzen.

Amnesty International fordert die Staaten der Region nachdrücklich auf, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um eine künftige finanzielle und politische Krise innerhalb des interamerikanischen Systems zu vermeiden, und zwar durch direkte Beiträge sowohl zum System als auch zur OAS. Sie fordert die OAS ferner nachdrücklich auf, im Rahmen ihres Haushaltsplans ausreichende Mittel vorrangig einzusetzen, um die volle Funktionsfähigkeit der Interamerikanischen Kommission zu gewährleisten, die bisher nur 6 % des Gesamtbudgets der Organisation zugewiesen bekommen hat. Schließlich fordert die Organisation im Rahmen der Generalversammlung der OAS die Staaten der Region auf, sich zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte zu verpflichten, indem sie die Autonomie und Unabhängigkeit der interamerikanischen Kommission innerhalb der OAS gewährleistet.

Unverbindliche Übersetzung:

El-Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

Human Rights in the Americas: Challenges and Opportunities at a Time of Regression

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr01/6479/2017/en/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

